

KLIMA KOMPAKT



Obama setzt weitreichende Klimaziele für die USA

Zögern ist keine Option mehr

Britische Studie belegt die Notwendigkeit der Zweckbindung der Emissionshandelserlöse

Kein „Earmarking“, kein Kopenhagen-Abkommen?

Eine neue Weltordnung: Bretton Woods II ... und San Fransisco II

Der Weg des Fortschritts

Klimaschutz als DAS Konjunkturprogramm

Mit der US-Wahl hat sich die weltweite Stimmung im Klimaschutz geändert. Das gilt auch, wenn die globale Finanzkrise letzte Zuckungen von Bremsern auslöst, die merken, dass jetzt vielleicht die letzte Gelegenheit ist, um wirksame Maßnahmen für ambitionierten Klimaschutz zu verhindern.

Die USA als großer Blockierer der letzten acht Jahre im weltweiten Klimaschutz wollen die Emissionen bis 2020 gegenüber heute um fast 20 Prozent senken, und danach soll es weitere 80 Prozent runter gehen. Barack Obama als zukünftiger US-Präsident hat den Klimaschutz als eines der ersten Themen genannt, die er angehen will. Nicht 'trotz der Finanzkrise', sondern, um damit dem Klimawandel und den wirtschaftlichen Folgen der Finanzkrise zu begegnen.

Auch die EU-Kommission denkt mit ihrem EU-Konjunkturpaket in diese Richtung und legt ein Milliardenprogramm für die Konjunktur und den Klimaschutz vor.

Sie gibt damit ein klares politisches Signal dafür, dass der Klimaschutz trotz der Finanzkrise weiter ganz oben auf der internationalen politischen Tagesordnung steht.

Manfred Treber

Obama setzt weitreichende Klimaziele für die USA

Zögern ist keine Option mehr

Am 18. November 2008 hielt der kommende US-Präsident Barack Obama eine Videobotschaft für ein Treffen von Gouverneuren aus US-Bundesstaaten, die aktiv im Klimaschutz sind, und von Vertretern aus anderen asiatischen und lateinamerikanischen Ländern. Als erste und sehr weitgehende Rede zu seinen konkreten Klimaschutzzielen erhielt sie weltweite Beachtung und positive Resonanz.

Germanwatch übersetzt Auszüge aus der Rede Barack Obamas:

„(...) Meine Präsidentschaft wird ein neues Kapitel beginnen mit Amerikas Politik der Klimaführerschaft, die unsere Sicherheit festigt und Millionen neuer Arbeitsplätze schafft.

Dies wird mit einem gesamtstaatlichen Cap & Trade System [Emissionshandel] beginnen. Wir werden strenge jährliche Reduktionsziele vereinbaren, die uns bis 2020 zurück auf die Emissionen von 1990 bringen werden, und bis 2050 werden wir diese um weitere zusätzliche 80% reduzieren.

Darüber hinaus werden wir 15 Milliarden US\$ jährlich investieren, um die Anstrengungen des Privatsektors hin zu einer sauberen Energiezukunft zu fördern. Wir werden in Solarstrom, Windenergie und die nächste Generation der Bioenergie investieren. Wir werden Atomenergie nutzen, aber sicherstellen, dass sie sicher ist. Und wir werden Clean Coal Technologien entwickeln.

Diese Investitionen werden uns nicht nur helfen, unsere Abhängigkeit von ausländischem Öl zu verringern und die USA sicherer zu machen. Diese Investitionen werden nicht nur eine saubere Energie-Zukunft einläuten, die unseren Planeten rettet. Sie werden unsere Industrie transformieren und unser Land aus dieser Wirtschaftskrise

führen, indem sie fünf Millionen neue gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen, die nicht verlagert werden können.

(...) Lassen Sie mich ein Wort zu den Delegierten aus allen Ländern sagen, die sich im nächsten Monat in Polen treffen werden: Ihre Arbeit ist lebenswichtig für den Planeten. Weil ich zum Zeitpunkt des Treffens noch nicht Präsident bin und weil die USA immer nur einen Präsident hat, habe ich Mitglieder des Kongresses, die die Konferenz als Beobachter besuchen, gebeten, mir Bericht zu erstatten über das, was sie dort lernen. Und sobald ich im Amt bin, können Sie sicher sein, dass die Vereinigten Staaten wieder eine ernsthaft engagierte Rolle in den Verhandlungen übernehmen werden und mit dazu beitragen, die Welt in eine neue Ära der globalen Kooperation im Klimaschutz zu führen.

Jetzt ist die Zeit, diese Herausforderung endgültig anzugehen. Verzögern ist keine Option mehr. Leugnen ist keine akzeptierbare Antwort mehr. Es steht zu viel auf dem Spiel. Die Folgen werden zu gravierend sein.

Den Klimawandel zu stoppen wird nicht einfach. Es wird nicht über Nacht passieren. Aber ich verspreche Ihnen: Sobald ich Präsident bin, hat jeder Gouverneur, der Erneuerbare Energien fördern will, einen Partner im Weißen Haus. Jedes Unternehmen, welches in Erneuerbare Energien investieren will, hat einen Verbündeten in Washington. Jede Nation, die im Kampf gegen den Klimawandel mitmachen will, hat einen Verbündeten in den Vereinigten Staaten von Amerika. Vielen Dank.“

Quelle (Video und Text):

<http://www.klima-der-gerechtigkeit.de/>

[obama-ein-neues-kapitel-in-sachen-klimaschutz/](http://www.klima-der-gerechtigkeit.de/obama-ein-neues-kapitel-in-sachen-klimaschutz/)

Britische Studie belegt die Notwendigkeit der Zweckbindung der Emissionshandelserlöse

Kein „Earmarking“, kein Kopenhagen-Abkommen?

Sollten die Erlöse aus der Versteigerung von Emissionserlaubnissen im EU-Emissionshandel für die Finanzierung von klimabezogenen Aktivitäten, insbesondere in Entwicklungsländern, zweckgebunden werden? Diese Frage ist derzeit einer der Knackpunkte in den finalen EU-Verhandlungen zum Klima- und Energiepaket, das am 11./12. Dezember, also an den Schlusstagen des UN-Klimagipfels in Posen, verabschiedet werden soll.

Germanwatch übersetzt die Zusammenfassung einer Analyse der Oxford-Universität.

„ (...) Die Kommission schlägt vor, dass 20% der Auktionserlöse für Klima-Aktivitäten genutzt werden sollten, während ein Änderungsvorschlag des Parlamentes vorschreiben will, dass alle Erlöse für solche Zwecke benutzt werden sollten, die Hälfte davon in Entwicklungsländern.

Dies mag wie ein Sturm im Wasserglas bezüglich eines geheimnisvollen Fachbegriffs erscheinen, aber dieser Eindruck könnte nicht weiter von der Wahrheit entfernt sein, denn es steht nichts weniger auf dem Spiel als die tatsächliche Möglichkeit einer Einigung beim Klimagipfel in Kopenhagen im Dezember 2009. Der Grund ist einfach. Die Zeiten, als es noch möglich war, einen Deal für die Entwicklungsländer durch Placebo-Gelder und freiwillige Deklarationen – wie es bei der COP6b im Jahr 2001 der Fall war – zu machen, sind unwiederbringlich vorüber. Diese Lektion hat man gelernt, zumindest in den Entwicklungsländern. Für den Kopenhagen-Deal muss es angemessene Finanzströme von den Industrieländern in die Entwicklungsländer geben. Diese Finanzströme müssen neu und zusätzlich zur offiziellen Entwicklungshilfe (ODA; Anm.d.Red: Official

Development Aid) sein, zeitnah und vorhersagbar, gerecht und den Bedürfnissen angemessen.

Um das minimale Niveau der Angemessenheit zu erreichen, wie es sich in den offiziellen Vorschlägen Chinas, Indiens und der G77 findet, müssen die Beiträge der EU15 (Annex-II-Länder) bei etwa 53 Milliarden Euro jährlich liegen.

Selbst wenn dieser Betrag auf zwei Drittel reduziert wäre durch ergänzende „internationale Finanzinstrumente“ (der norwegische Vorschlag, internationale Emissionserlaubnisse zu versteigern, eine Flugverkehrsabgabe für die Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen (IATAL)), wäre der restliche Finanzierungsbedarf immer noch gleichbedeutend mit der Hälfte der erwarteten Versteigerungserlöse aus dem Emissionshandel (im Jahr 2020) oder – für Vergleichszwecke – zwei Drittel der jetzigen Zuschuss-ODA der EU. Auch wenn sie in der Höhe der derzeitigen ODA lägen (und damit nicht wirtschaftlich in den Ruin treibend!), würden Transfers in dieser Höhe, zusätzlich zur ODA, sehr schwierig durch allgemeine Besteuerung zu erbringen sein. Sie würden durch den beschriebenen Parlamentsvorschlag allerdings erbracht werden können. Doch es gibt im Wesentlichen drei Einwände von Mitgliedsstaaten gegenüber den Vorschlägen der Kommission und des Parlaments:

(i) Einige neue Mitgliedsstaaten verweigern sich der Zweckbindung der Erlöse für Entwicklungsländer mit der Begründung, sie seien nicht im Annex II der Klimarahmenkonvention aufgeführt.

(ii) Die Vorschläge werden als dem Subsidiaritätsprinzip widersprechend eingeschätzt, weil sie die Steuerhoheit von den Mitgliedsstaaten auf die EU

verlagern würden.

(iii) Nicht zuletzt wird die Zweckbindung als einer „korrekten Steuerpolitik“ (sound fiscal management) entgegenstehend interpretiert und sei daher nicht zu erlauben.

Die Einwände (i) und (ii) erscheinen gerechtfertigt, können aber relativ leicht angegangen werden. Es gibt gute Gründe dafür zu denken, die relevanten Verpflichtungen zu Finanztransfers in der UN-Klimarahmenkonvention würden nur für Annex-II-Länder gelten. Konsequenterweise sollten daher die neuen Mitgliedsstaaten von diesen Verpflichtungen ausgenommen werden. Die Einwände bezüglich Subsidiarität und Kompetenz hingegen beziehen sich nur auf den Vorschlag des Parlaments, und dieser könnte leicht dahingehend verändert werden, dass die entsprechende Formulierung von „muss“ (shall) zu „soll“ (should) geändert wird.

Einwand (iii) jedoch ist nicht haltbar. Zum einen gibt es Situationen, in denen die Literatur eine Zweckbindung als angemessen ansieht. Zudem ist die Zweckbindung von Erlösen gegenwärtig allgemeine Praxis in den meisten betroffenen Ländern (und darüber hinaus). Der „Trick“ ist meist gewesen, diese Einnahmen als „außerhalb des Haushalts“ einzustufen, wie es in den Bereichen der sozialen Sicherheit, nationalen Lotterien oder der Umweltkompensation geschehen ist. Ein besonders relevantes Beispiel ist gegenwärtig die „Erneuerbare-Energien-Verpflichtung“ (Renewables Obligation) in Großbritannien. Zusammengefasst gibt es keinen Grund, warum das gleiche nicht auch auf die Versteigerung im Emissionshandel angewendet werden könnte, in der EU oder anderswo. (...)“

Quelle: Benito Müller: To Earmark or Not to Earmark? A far-reaching debate on the use of auction revenue from (EU) Emissions Trading. <http://www.oxfordenergy.org/pdfs/EV43.pdf>

Eine neue Weltordnung: Bretton Woods II ... und San Fransisco II

Der Weg des Fortschritts

Dirk Messner und Simon Maxwell präsentierten aus Anlass des G20-Treffens am 15. November 2008 in Washington auf der Internet-Diskussionsplattform 'open Democracy' fünf Prinzipien zur Gestaltung einer neuen internationalen Architektur für die UN und das internationale Finanzsystem.

Germanwatch übersetzt Auszüge:

"(...) Die fünf Schritte sind die Folgenden: Erstens benötigen wir für ein erfolgreiches Krisenmanagement einen klaren Fokus auf das Wohlergehen der ärmsten Menschen. In den 1980er Jahren hat vor allem Unicef die Idee der „Anpassung mit menschlichen Zügen“ vorangetragen. Dreißig Jahre später müssen wir uns auf Sicherheitsnetze, Wohlfahrtsprogramme, langfristige Investitionen in Gesundheit und Bildung und Arbeitsaussichten der ärmsten konzentrieren. (...) Die Europäische Union sollte nun eine deutlich sichtbarere Rolle bei den multilateralen Entwicklungsagenturen einnehmen und dadurch voranschreiten, indem sie unverzüglich einen entwicklungspolitischen Aktionsplan vorlegt, der darauf ausgelegt ist, die Folgen der Finanzkrise in den Entwicklungsländern zu be-

kämpfen. Global gesehen müssen wir „die Rezession mit menschlichen Zügen bewältigen.“ (...)

Zweitens darf die Suche nach einer neuen Globalisierung nicht zu einem Marsch in Richtung Anti-Globalisierung werden. Die Märkte sind ins Stocken geraten, sie haben nicht versagt. Sie müssen geregelt werden, nicht beschädigt. Über eine Generation ist der weltweite Handel doppelt so schnell angestiegen wie die globale Wirtschaft. Dies hat in einem Maße zur Armutsreduzierung beigetragen, wie es seit der industriellen Revolution nicht mehr vorgekommen ist. (...)

Drittens darf der Klimagipfel in Kopenhagen (...) im Dezember 2009 auf keinen Fall scheitern. Die drohende Rezession hat so manchen in der Geschäftswelt und auch einige Regierungen dazu verleitet, die Klimaziele der EU in Frage zu stellen. Die Europäische Union muss im Gegenteil ihre Vorreiterrolle in der Klimapolitik beibehalten (...). Die Kräfte, die den Status Quo unterstützen, sind beträchtlich. Es mangelt jedoch noch an langfristiger strategischer Denkweise und Entscheidungen für erhebliche kohlenstoffarme Investitionen. Priorität hat die Schaf-

fung eines internationalen CO₂-Marktes. (...)

Viertens dürfen die Hilfszahlungen nicht auf jetzigem Niveau gehalten werden, sondern müssen ansteigen. Die reichen Länder haben (...) auf dem G8-Gipfel 2005 in Gleneagles, Schottland, ambitionierte Versprechungen gemacht und diese seither viele Male (...) wiederholt. Die tatsächlichen Zahlungen liegen jedoch derzeit 30% unter dem Ziel für 2010. (...).

Fünftens ist die Notwendigkeit von gemeinsamem Handeln als unausweichliche Folge der jüngsten Ereignisse deutlich geworden. Koordiniertes Handeln war entscheidend, um eine Ausbreiten der finanziellen Seuche zu verhindern. (...) Es ist wichtig sicherzustellen, dass Entwicklungsländer vollständig in diesen Diskussionsprozess integriert sind."

Quelle:

www.opendemocracy.net/article/a-new-global-order-from-bretton-woods-ii-to-san-francisco-ii

Redaktion

Sven Harmeling (V.i.S.d.P.), Christoph Bals, Stefan Rostock, Lukas van der Straeten, Dr. Manfred Treber, Larissa Neubauer, Dr. Gerold Kier

Herausgeber

Germanwatch e.V.

Büro Bonn · Kaiserstr. 201 · D-53113 Bonn
Tel.: 0228 / 60 49 2-0, Fax -19
E-mail: info@germanwatch.org

Büro Berlin · Voßstraße 1 · D-10117 Berlin
Tel. 030 / 28 88 356-0, Fax -1
E-mail: info@germanwatch.org

KlimaKompakt-Download und E-Mail-Abo:

www.germanwatch.org/kliko

Gefördert vom
Bundesministerium für
wirtschaftliche
Zusammenarbeit und
Entwicklung



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung